

gen<sup>1</sup> (S. 170—174), daß die OAS-Streitmacht aber „eigentlich“ nicht den hierfür entwickelten Kriterien des Konsensus usw. entsprach, weil die vorhandenen dominikanischen Autoritäten gegen sie protestierten, weil die USA die OAS präjudiziert hatten und diese nicht mehr frei entscheiden konnte, weil die OAS der Streitmacht — was der Verfasser richtig sieht — vielmehr nur deshalb zustimmte, um wenigstens nachträglich eine Spur von Einfluß und Kontrolle auszuüben. Wenn der Verfasser sie dennoch letztlich für gerechtfertigt hält, weil sie nicht gegen die Dominikanische Republik gerichtet gewesen sei, sondern ihr den Weg der demokratischen Selbstbestimmung habe offenhalten sollen (S. 175 — vgl. die Besprechung des Buches von Moreno in diesem Heft), so macht er sich letztlich die offizielle Argumentation der USA zu eigen, die er selbst an anderer Stelle (S. 168 Anm. 51) zu Recht „zynisch“ nennt. Insgesamt ist die Arbeit ebenso juristisch exzellent wie einseitig. Für die Aufgabe, in Lateinamerika den Frieden zu sichern, enthalten die geschilderten Instrumente und Verfahren nun einmal nicht die relevantesten Aspekte. Knud Krakau

JOSE A. MORENO

**Barrios in Arms. Revolution in Santo Domingo**

University of Pittsburgh Press 1970  
XIV, 226 S., \$ 8,95

Das Buch ist in zweifacher Hinsicht wichtig, einmal im Hinblick auf die Strategie der Revolution in Lateinamerika, obwohl Moreno dazu ausdrücklich nichts sagt. Er beschränkt sich völlig auf die Analyse der dominikanischen Ereignisse von 1965. Hier liegt die andere Bedeutung der Arbeit als Fallstudie dieser Ereignisse trotz der schon vorhandenen Bücher von Wiarda, Draper, Niedergang, Kurzman, Szulc, Martin u. a. Moreno behandelt nicht die Aktionen aller Beteiligten (außer der

Dominikanischen Republik der USA, VN, OAS usw.) als internationales Ereignis. Vielmehr berichtet und analysiert er die dominikanischen Geschehnisse gewissermaßen von ihrer inneren Bewegungskraft her, nämlich dem Volk der Dominikaner. Er liefert die (politisch-soziologische) Anatomie der dominikanischen „Revolution“. Der Verfasser ist dafür in besonderer Weise geeignet: geboren in Kuba, erlebte er als ausgebildeter Soziologe, mit Feldarbeit befaßt, die kritischen Monate im Zentrum des Aufstandes in Santo Domingo. Ausgangspunkt der Ereignisse war die Planung eines für Lateinamerika fast traditionellen Staatsstreiches mit der etwas selteneren Variante, daß er sich gegen das usurpatorische militärisch-zivile Regime Reid Cabral richtete und die Wiederherstellung der Verfassung von 1963 sowie die Wiedereinsetzung des gewählten Präsidenten J. Bosch zum Ziele hatte. Planer waren kleine Gruppen von Bosch-Anhängern, hauptsächlich aus seiner Partei PRD, und von jüngeren Offizieren, Mittelstandselite, liberal bis sozialdemokratisch orientiert. Die zufallsbedingte vorzeitige Auslösung der Ereignisse (am 24. April) — interessanterweise taucht das revolutionäre Symbol des Bastille-Sturmes wieder auf — schuf Überraschung und allgemeine Konfusion, die aber alle Beteiligten viel spontaner und echter ihre durch Ideologie, Systemstellung und Interesse bedingte Rolle finden und spielen ließ, als dies sonst möglich gewesen wäre. Der weitere Ablauf ist bekannt: die militärischen Stützen des Regimes Reid hatten nichts gegen dessen Ablösung durch einen „konstitutionalistischen“ provisorischen Präsidenten, widdersetzten sich jedoch der von den Rebellen unabdingbar geforderten Reaktivierung der Verfassung von 1963 und der Rückkehr Boschs, griffen dann die Rebellen während der Verhandlungen an und lösten damit einen Massenaufstand der Bevölkerung aus, der ohne die Intervention der USA am 28. April

<sup>1</sup> Vgl. jetzt dazu James R. Jose, *An Inter-American Peace Force within the Framework of the Organization of American States: Advantages, Impediments, Implications* (Metuchen, N. J. 1970).

vermutlich zum Erfolg geführt hätte; danach ging es nur noch darum, die von den Rebellen gehaltenen Stadtteile zeitweilig zu verteidigen und im übrigen mittels einer politischen Lösung wenigstens Teile der Forderungen der Aufständischen zu verwirklichen.

Wie war ein solcher unbeabsichtigter — und Moreno betont, daß selbst die Planer des Coups überrascht und verwirrt, die radikalen Parteien aber nicht einmal an jener Planung beteiligt waren — „Aufstand der Massen“, eine solche Polarisierung möglich? Der Verfasser unterscheidet drei Handlungsebenen: die (hohe) politische, die (mittlere) paramilitärische und die (untere) der „Daseinsvorsorge“ („civic organization“, d. h. Aufrechterhaltung der Gesundheits- und Lebensmittelversorgung usw., Kap. 3 bis 5). Das interessanteste Phänomen ist vermutlich die paramilitärische Organisation. Die Verkündung des „konstitutionalistischen Staatsstreichs“ mit den erwähnten Zielen war in der Bevölkerung weitgehend positiv aufgenommen worden. Als die Streitkräfte von San Isidro aus die Rebellen angriffen, solidarisierten sich Teile der Bevölkerung mit ihnen. Etwa 1300 aufständischen Soldaten gesellten sich rund 4000 Zivilisten zu, die aktiv an Kämpfen, Sicherungsaufgaben usw. teilnahmen. Sie organisierten sich in zahlreichen sog. „Kommandos“ von ein bis mehreren Dutzend Mitgliedern, meist jeweils innerhalb traditioneller Stadtviertel, oft relativ enger Wohngemeinschaften (barrios), voneinander unabhängig, jedoch die zentrale Regierung der Aufständischen anerkennend. Moreno betont, daß diese Organisationsform von niemandem geplant war, sondern sich spontan „im Volk“ entwickelte, ausgelöst durch gemeinsame Aufgaben und Bedürfnisse sowie die Beispiel gebende Kraft der irgendwo gemachten „Erfindung“. Das stets elementare Führerproblem löste sich nach Ansicht des Verfassers so: „Once a problem was defined as a group need, several members would offer solutions, and the most acceptable one would be chosen. A member suggesting the right solution several times would

probably be selected as the group leader“ (S. 159). — Auf der politischen Ebene spielte offenbar die durch die Orientierung an der Verfassung vermittelte Legitimität eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der Führung der Aufständischen (erst Molina Ureño und später Oberst Caamaño Deno wurden von der „verfassungsmäßigen“ Nationalversammlung als provisorische Präsidenten gewählt). Der Entscheidungsprozeß in der politischen Führung war offen und demokratisch (S. 149—157). Es gelang, trotz im einzelnen sehr unterschiedlicher Vorstellungen, zu einer meist einheitlichen politischen Haltung der Rebellen nach außen zu kommen. Die radikaleren marxistischen Parteien und Gruppen (PSP, UPD, Bewegung des 14. Juni) unterstützten, nachdem sie sich von ihrer Überraschung erholt hatten, zwar den Aufstand, hatten aber nach Ansicht des Autors nicht die Möglichkeit, ihn zu beherrschen (S. 115 ff.). Es gab kein Machtvakuum, in das diese Gruppen einfach hätten hineinstoßen und damit die Führung an sich reißen können. — Dies zur amerikanischen Rechtfertigung der Intervention, was immer die behaupteten Umstände hätten rechtfertigen können, wobei zu betonen ist, daß es dem Autor keineswegs um eine „Enttöschung“ der Unhaltbarkeit der amerikanischen Thesen zu tun ist.

Interessanter noch als die Untersuchung der formalen Ideologie der an den Ereignissen beteiligten Gruppen und Parteien (Kap. 8) — zu deren wichtigsten die amerikanische Botschaft zählt (S. 126) — erscheint die Untersuchung des politischen Individualverhaltens der Dominikaner. Denn dieses war entscheidend dafür, daß binnen weniger Tage der Staatsstreich einer politischen Elite in einen Bürgerkrieg der Massen umschlagen konnte, in dem es schließlich um unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen ging, der mit anderen Worten revolutionären Charakter annahm. Warum schieden sich die Dominikaner in Revolutionäre und Loyalisten, obwohl beide Seiten einen Bevölkerungsquerschnitt darstellten (Mittel- und Oberklassen bei den Re-

bellens allerdings etwas unterrepräsentiert)? Nach Moreno zeichneten sich die Rebellen durch zwei wesentliche Merkmale gegenüber den Loyalisten aus: den erstgenannten waren gewisse ideologische Vorstellungen gemeinsam, gerichtet auf größere Teilhabe aller Gruppen und Klassen der Bevölkerung am wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Nation sowie auf die Mittel zur Erreichung dieser Ziele, zugleich aber auch das Gefühl der Entfremdung, der Bedeutungslosigkeit der eigenen Existenz und der Unmöglichkeit, von ihren Zielen politisch etwas zu verwirklichen (Kap. 6). Andererseits war die politische Rhetorik — „Teilhabe“ — auf beiden Seiten fast identisch. Der Verfasser deckt (Kap. 7) die Unterschiede in den Bedeutunggehalten auf, die darauf hinauslaufen, daß die „Loyalisten“ nicht loyal gegenüber einer bestimmten Regierung, sondern dem gesellschaftlich-politischen Status quo waren; politische Teilhabe des Volkes erschien ihnen erst nach längerem Erziehungsprozeß praktisch möglich, um „richtige“ Lösungen zu erzielen. Die Rebellen bejahten die Teilnahme jetzt, entweder als unabhängiges Ziel, das den notwendigen politischen Kompromiß tragbar macht (Mitte- und Mitte-Links-Gruppen), oder als Mittel zur Durchsetzung anderer „korrekter“ Lösungen (linke Kräfte). Der Kampf für die Verfassung lief — das wurde natürlich meist nur undeutlich empfunden und artikuliert — unter den konkreten Bedingungen der von Trujillo geprägten Gesellschaftsordnung notwendig auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstrukturierung hinaus (S. 115 und 101 ff.), nicht nur auf die Ersetzung des korrupten personalen Trujillo-Regimes durch neue Ehrenmänner. Konkrete Unterschiede bei ähnlich klingenden verbalen Bekundungen ergaben sich etwa in der Frage der Disposition über die Vermögen des Trujillo-Clans und seiner Anhänger, der „Trujillistas“ (die Dominikaner war in der glücklichen Lage, zur nationalen Selbstbestimmung keine ausländischen, sprich amerikanischen, Gesellschaften enteignen zu müssen, da Land, Industrie und Handel sich prak-

tisch ausschließlich in der Hand Trujillos samt Klientel befanden): durch lokale Gerichte, die von der traditionellen Oligarchie beherrscht waren, oder, aufgrund eines Gesetzes aus der Bosch-Ära von 1963, durch die Nationalversammlung, in der die PRD die Mehrheit hatte? Garantie nur des Rechtes auf Arbeit, Eigentum, Menschenwürde oder Garantie der Substanz dieser Werte selbst, also unmittelbare staatliche Verantwortlichkeit für Arbeit, soziale Sicherung usw.?

Moreno beschränkt sich auf diese Analyse der dominikanischen Entwicklungen. Aber es drängt sich die Überlegung auf, ob daraus nicht Konsequenzen für die Strategie der Revolution in Lateinamerika zu ziehen wären, wenn man gewaltsame Veränderungen als entweder unvermeidbar oder unerlässlich für notwendige Strukturveränderungen ansieht. Die orthodox-kommunistische Revolutionslehre hat sich als irrelevant für Lateinamerika erwiesen; ihre „revisionistische“ chilenische Variante wird noch erprobt. Die praktische Anwendung der Theorie Castro-Guevara-Debray ist in Verkennung der realen Verhältnisse und Unterschiede gescheitert; deren Variante, die Stadt-Guerilla, scheint nicht mehr als punktuelle Wirkungen zu erzielen. Die dominikanische Revolution kam dem Erfolg näher als alle jene Versuche, und selbst nachdem ihr Hauptziel — die Verfassung von 1963 mit J. Bosch — vor allem wegen der amerikanischen Intervention nicht mehr erreichbar war, konnte sie noch politisch die Auferlegung eines reinen Militärregimes verhindern. Die dominikanische Revolution umfaßte ein weites politisches Spektrum von der Mitte bis zur Linken, in dem eine natürliche Auswahl von Führungspersonlichkeiten nach sachlichen Erfordernissen möglich war, ohne ideologisch-dogmatische Dominanz einer Gruppe (wobei natürlich der weitere Verlauf offen bleibt, wäre der Erfolg doch noch eingetreten); sie umfaßte vor allem auch Teile des Militärs sowie die städtischen Massen. Sie hatte lebendig vor Augen stehende Symbole und ein konkretes Programm —

Bosch und die 1963er Verfassung —, kein abstraktes ideologisches Manifest, verkündet von fremden „Missionaren“. — Vielleicht handelt es sich bei diesen pragmatischen Elementen nicht nur um Korrelationen, sondern um Kausalitäten, die in vergleichbaren Zusammenhängen zu beachten sein werden.

Knud Krakau